



Energie-Control Austria für die Regulierung  
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft  
(E-Control)  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

Energie-Control Austria									
Posteingangsnr. 11966									
Eingelangt 18. Nov. 2014									
Aktenzahl									
VST	FO	RA	Strom	Tarife	VW	GAS	ÖKO	STR	
Original: NTU Kopie: BEEN, UGI, SYKO, KSC, LUMA, JNE, Recht Bst									

BUNDESARBEITSKAMMER  
PRINZ EUGEN STRASSE 20-22  
1040 WIEN  
T 01 501 65  
www.arbeiterkammer.at  
1009 INAR184

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel 501 65	Fax 501 65	Datum
-	WP-GSt/Pe/Ni	Dominik Pezenka	DW 2224	DW 42224	14.11.2014

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 (SNE-VO 2012) geändert wird (Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012-Novelle 2015, SNE-VO 2012-Novelle 2015)

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des im Betreff genannten Verordnungsentwurfs und nimmt dazu wie folgt Stellung:

#### **Zum Regelungsinhalt der SNE-VO 2012 – Novelle 2015 im Allgemeinen**

Die BAK möchte einleitend festhalten, dass eine endgültige Beurteilung der SNE-VO 2012 – Novelle 2015 erst nach weiterführenden Erläuterungen durch die E-Control möglich ist. Die BAK behält sich daher eine allfällige ergänzende Stellungnahme für den Regulierungsbeirat (§ 19 E-ControlG) vor.

Der gegenständliche Verordnungsentwurf der Regulierungskommission der E-Control (REK) ist Grundlage für die im Kalenderjahr 2015 anzuwendenden Entgelte für die Systemnutzung der österreichischen Stromnetze (§ 49 EIWOG 2010). Basis für diese Entgeltbestimmung ist das Kosten- und Mengenermittlungsverfahren durch die Energie-Control-Austria (ECA), das durch den Vorstand der ECA mittels Bescheid festgestellt wurde (§ 48 Abs. 1 EIWOG 2010).

Grundsätzlich möchte die BAK festhalten, dass die wichtigsten Ziele der Regulierung der Stromnetze in der Sicherstellung der Versorgungssicherheit sowie in der Leistbarkeit von Energie liegen. Die Netzregulierung muss somit die Zielsetzung angemessener und leistbarer Energiepreise mit ausreichenden Anreizen für die Netzbetreiber für notwendige Investitionen und vor allem auch für Innovationen in Einklang bringen. Darüber hinaus soll die Regulierungspolitik darauf Bedacht nehmen, dass die Erreichung von volkswirtschaftlichen Zielen weitestgehend unterstützt wird. Aus Sicht der BAK muss darauf geachtet werden, dass bei der Überwälzung von angemessenen Kosten auf die

nachgelagerten Netzebenen eine faire Lastenverteilung verwirklicht wird. Angesichts des verstärkten Ausbaus der Netze – wie dies unter anderem auch im 10-jährigen Netzentwicklungsplan ausgeführt wird – kommt dieser Aufgabe zukünftig eine besondere Bedeutung zu.

Im Hinblick auf Netzebene 7 (Haushalte) sind für die BAK folgende Punkte relevant:

- In allen Netzbereichen werden die Jahrespauschalen für Haushalte angehoben. Erhöhungen verbrauchsunabhängiger, fixer Kostenkomponenten benachteiligt KleinverbraucherInnen (wie Single-Haushalte oder PensionistInnen) überproportional und werden daher grundsätzlich von der BAK kritisch gesehen.
- Die Änderungen der verbrauchsabhängigen Netznutzungs- und Netzverlustentgelte führen zu den stärksten Erhöhungen in den Netzbereichen Klagenfurt und Steiermark. Die BAK ersucht um weiterführende Erläuterungen zu den Hintergründen dieser Erhöhungen. Im Netzbereich Steiermark ist darüber hinaus auf Netzebene 7 eine deutliche Schieflage bei der Netztarientwicklung zwischen Gewerbetreibenden und Haushalten zu erkennen. Hier fordert die BAK entsprechende Erläuterungen im Regulierungsbeirat bzw. Anpassungen im Rahmen des Begutachtungsverfahrens.
- Der Erweiterung der günstigeren Netznutzungsentgelt für Anbieter von Regelenergie auf die Netzebenen 4 bis 6 steht die BAK kritisch gegenüber. Sie zweifelt auch daran, dass es dadurch zu preisdämpfenden Effekte auf dem Regelenergiemarkt kommen wird. Die BAK fordert eine umfassende Evaluierung der Maßnahme und um nähere Erläuterung dieser Regelung im Rahmen des Regulierungsbeirates.

#### **Zum Regelungsinhalt der SNE-VO 2012 – Novelle 2015 im Einzelnen**

##### **§ 4 – Netznutzungsentgelt in Verbindung mit § 6 Z 1 bis 15 – Netzverlustentgelte**

Die Kostenüberprüfung im Jahr 2014 und der Entwurf für die Festlegung der Netztarife für das Jahr 2015 ergibt ein differenziertes Bild. Auf der Netzebene 7 (u.a. Haushalte) werden die Netztarife in fünf Netzbereichen moderat oder deutlich angehoben, in vier Netzbereichen bleiben die Tarife weitestgehend unverändert. In weiteren vier Netzbereichen werden die Tarife moderat bzw. in einem Netzbereich deutlich gesenkt. Die Änderungen der Netznutzungs- und Netzverlustentgelte sowie die Leistungspreise stellen sich für einen Durchschnittshaushalt (3.500 kWh Jahresverbrauch) in den einzelnen Netzbereichen wie folgt dar:



**Netznutzung- und Netzverlustentgelt 2015 im Vergleich zum Vorjahr**

(Netzebene 7, nicht gemessene Leistung, 3.500 kWh/Jahr)

Netzbereich	Tarifveränderung (NNE und NVE) im Vergleich zu 2014	Jährliche Leistungspauschale in Euro/kW	Leitungspauschale Änderung im Vergleich zu 2014
Klagenfurt	+6,33%	25,20	+12,9%
Steiermark	+5,47%	22,56	+22,9%
Kleinwalsertal	+5,04%	19,80	+34,1%
Wien	+2,89%	19,26	+39,6%
Innsbruck	+2,62%	19,20	+39,1%
Kärnten	+0,69%	24,00	+14,3%
Burgenland	-0,25%	25,68	+9,2%
Salzburg	-0,38%	22,20	+29,4%
Tirol	-0,58%	19,20	+39,1%
Graz	-2,53%	22,32	+21,6%
Oberösterreich	-2,75%	19,20	+39,1%
Niederösterreich	-2,82%	21,96	+27,1%
Vorarlberg	-3,08%	19,20	+39,1%
Linz	-9,52%	19,20	+39,1%

Die BAK begrüßt, dass bei der Mehrheit der Netzbereiche eine Stabilisierung bzw. Reduktion der Tarife erfolgte. Wie aus obenstehender Tabelle ebenfalls ersichtlich, kommt es in den Netzbereichen Klagenfurt (+6,33%), Steiermark (+5,47%) und Kleinwalsertal (+5,04%) zu deutlichen Tarifierhöhungen für durchschnittliche HaushaltskundInnen, in den Netzbereichen Wien (+2,89%) und Innsbruck (+2,62%) zu moderaten Erhöhungen. Laut den Erläuterungen zum gegenständlichen Verordnungsentwurf sind diese Steigerungen einerseits auf eine verstärkte Investitionstätigkeit in den einzelnen Netzbereichen (v.a. Wien, Steiermark) zurückzuführen, andererseits sind sie auf Aufrollungen im Rahmen des Regulierungskontos zurückzuführen. Insbesondere zu den nicht näher erläuternden Aufrollungen im Rahmen des Regulierungskontos ersucht die BAK um weiterführende Informationen im Rahmen des Regulierungsbeirats.

Die oben beschriebenen Tarifsteigerungen auf der Haushaltsebene (Netzebene 7, nicht gemessen) erfolgt bei fast allen betroffenen Netzbetreibern auch auf den anderen Netzebenen bzw. NetzbewerberInnen-Gruppen. Einzige Ausnahme bildet die Steiermark, bei der eine deutlich Schieflage zwischen Gewerbekunden und Haushaltskunden zu erkennen ist. Aus diesem Grund möchte die BAK - wie bereits in ihren Stellungnahmen in den beiden vorangegangenen Jahren - auf diese Problematik besonders hinweisen: Während für Gewerbekunden der Netzebene 7 („gemessene Leistung“) mit durchschnittlichen Verbrauch nur eine Tarifierhöhung von 2,89% vorgesehen ist, fällt diese Erhöhung bei den Haushalten

(NE7, „nicht gemessene Leistung“) mit 5,47% annähernd doppelt so hoch aus. Somit wird die Schieflage zwischen diesen NetzbenutzerInnen-Gruppen nicht nur prolongiert, sondern weiter verschärft. Die BAK fordert in diesem Bereich entsprechende Erläuterungen bzw. Anpassungen.

Darüber hinaus ist beim vorliegenden Tarifierungsvorschlag besonders auffallend, dass in allen Netzbereichen die jährliche Leistungspauschale für Haushalte angehoben wird, wobei die relative Erhöhung bei niedrigeren Pauschalen höher ausfällt und vice versa (siehe Tabelle). Bereits in den vorangegangenen Jahren wurde die Leistungspauschale in fast allen Netzbereichen deutlich angehoben. Die BAK erkennt nicht, dass die Regulierungskommission bestrebt ist, die jährlichen Leistungspauschale zwischen den einzelnen Netzbereichen stärker anzugleichen. Einer kollektiven Anhebung steht die BAK jedoch insofern kritisch gegenüber, als gerade die Erhöhung verbrauchsunabhängiger, fixer Kostenkomponenten überproportional KleinverbraucherInnen (wie Single-Haushalte oder PensionistInnen) benachteiligt. Darüber hinaus widerspricht eine stärkere Pauschalierung der Entgelte auch dem Energieeffizienzgedanken, wonach Tarife so gestaltet werden sollen, dass konkrete Verbrauchseinsparungen auch zu einer spürbaren Verringerung der Zahllast führen sollen.

Die spürbare Erhöhung der Leistungspauschalen ist aus Sicht der BAK auch deshalb besonders kritisch zu hinterfragen, weil einerseits vereinzelte Energielieferanten ihre pauschalierten Preiskomponenten in der jüngeren Vergangenheit deutlich erhöht haben (zuletzt beispielsweise EVN), andererseits ist aufgrund § 45 Abs. 4 Ökostromgesetz 2012 für das kommende Jahr 2015 mit einer deutlichen Erhöhung der Ökostrompauschale zu rechnen. Im Bereich der Ökostromförderung ist zwar der Gesetzgeber bzw. das zuständige Bundesministerium gefordert, Maßnahmen gegen die steigende Kostenbelastung der Haushalte zu setzen, die BAK möchte jedoch betonen, dass die steigende Pauschal-Kostenbelastung gesamthaft zu betrachten ist und in die Überlegungen zur Strom-Netztarifierung einfließen muss.

#### **§ 4 Abs. 1 Z 9 – Regelennergieanbieter**

Bereits im Vorjahr wurde mit der Einführung eines neuen Netznutzungsentgeltes für Regelreserve versucht, die Liquidität des Regelreservemarktes zu erhöhen. Mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf wird die Anwendbarkeit dieses günstigeren Netznutzungsentgeltes für negative Regelennergie (Entnahme von Energie aus dem Netz) von den Netzebene 1 bis 3 auf die Netzebene 4 bis 6 erweitert. Zwar erkennt die BAK nicht, dass neue Anbieter einen Beitrag dazu leisten können, die hohen Beschaffungspreise für Regelleistung und Regelennergie zu senken. Allerdings zeigen die aktuellen Preisentwicklungen, dass die bisherige Regelung sich nicht preisdämpfend auf den Regelreservemarkt ausgewirkt hat. Ob die Ausweitung des günstigeren Netznutzungsentgeltes auf die Netzebenen 4 bis 6 eine preisliche Trendumkehr bewirken können, wird von der BAK stark bezweifelt. Aus obenstehenden Gründen, fordert die BAK dringend, dass sowohl die bestehende Regelung auf Basis der Daten aus dem Jahr 2014 als auch die geplante Änderung 2015 einer umfassenden Evaluierung unterzogen wird. Außerdem ersucht die BAK um weiterführende Erläuterungen dieser Fragen im Regulierungsbeirat.



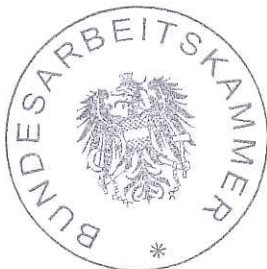
Die BAK ist sich zwar dessen bewusst, dass die Wettbewerbsaufsicht nicht in den Kompetenzbereich der Regulierungskommission fällt, möchte jedoch an dieser Stelle nochmals auf die problematische Wettbewerbssituation am Regelreservemarkt hinweisen: Seit 2012 erfolgt die Beschaffung der Regelenenergie wettbewerbsbasiert durch Ausschreibung. Diese wird durch die Austrian Power Grid (APG) als Regelzonenführer durchgeführt. Der Regelenenergiemarkt weist klare oligopolistische Strukturen auf, weil nur wenige Anbieter die erforderlichen technischen Voraussetzungen erfüllen, um Regelenenergie anbieten zu können – vor allem im Bereich der Primär- und Sekundärregelenenergie. Dadurch steigt die Kollisionsgefahr. Derzeit werden diese Dienstleistungen fast ausschließlich von Pumpspeicherkraftwerken angeboten. Die BAK begrüßt ausdrücklich, dass die zuständige Übertragungsnetzbetreiberin (APG) bereits Maßnahmen zur Reduktion der ausufernden Regelenenergiekosten gesetzt hat. Gleichzeitig fordert die BAK die zuständigen Behörden (E-Control, BWB) auf, den weiteren Verlauf der Maßnahmen-Implementierung und insbesondere das Verhalten der angebotsseitigen Marktteilnehmer in enger Kooperation mit der APG genau zu beobachten, um etwaige Marktverzerrungen oder missbräuchliches Verhalten rasch erkennen und entsprechende Maßnahmen setzen zu können.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen



Rudi Kaske  
Präsident



Werner Muhm  
Direktor